

Oswald von Nell-Breuning SJ

Sozialer und politischer Katholizismus

Eine Sicht deutscher Kirchen- und Sozialgeschichte

Der soziale Katholizismus in Deutschland, namentlich in der Zeit des Bismarck-Reichs, genießt nicht nur bei den Katholiken in aller Welt¹, sondern auch bei Nichtkatholiken Achtung, ja Sympathie. Anders der politische Katholizismus oder das, was man mit dieser Bezeichnung treffen wollte. Schon zur Bismarck-Zeit, erst recht aber in der Nazi-Zeit war der politische Katholizismus verhaßt und wurde verwünscht; wenn das heute nicht mehr der Fall ist, dann deswegen, weil er als solcher nicht mehr besteht und vergessen ist. Aber auch der soziale Katholizismus bedeutet heute bei weitem nicht mehr das, was er in seiner Blütezeit einmal gewesen ist.

Feststellen, daß der soziale Katholizismus in Deutschland (d. i. in der Bundesrepublik) in der Nachkriegszeit zu einer Aktivität, die seinen wahrhaft großen und in der ganzen Welt bewunderten Leistungen im 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vergleichbar wäre, nicht mehr gekommen ist, bedeutet weder einen Vorwurf noch eine Anklage. Es heißt einfach, eine Tatsache feststellen, die nicht zu bestreiten ist, die es vielmehr zu *erklären* gilt. Dazu wollen die nachstehenden Zeilen etwas beitragen, indem sie versuchen darzutun, welche Möglichkeiten dem sozialen Katholizismus damals offenstanden, welche einmalig günstigen Umstände ihm zustatten kamen, die inzwischen entfallen sind².

Kirche und Katholizismus

Zuvor aber erscheint es angezeigt zu verdeutlichen, was denn dieser soziale und politische Katholizismus, dem so bewunderungswürdige Leistungen nachgerühmt werden, überhaupt ist und wie Kirche und Katholizismus sich zueinander verhalten.

Was die *Kirche* ist, wissen wir, obwohl auch von „Kirche“ in verschiedenem Sinn

¹ Die immer und immer wieder mit Selbstgefälligkeit angeführte Äußerung des päpstlichen Legaten Kard. Ferrari zum Eucharistischen Weltkongreß Köln 1904 „Germania docet“ bezog sich eindeutig auf den deutschen Verbands- und speziell Sozialkatholizismus.

² Vgl. hierzu das sehr instruktive Büchlein „Tod der katholisch-sozialen Bewegung?“, hrsg. vom Kath.-soz. Institut der Erzdiözese Köln in Verbindung mit der Kath. Nachrichten-Agentur (KNA) (Bad Honnef 1971, Ms-Druck); die durch meine am 10. 4. 1970 im ZDF getane, etwas überspitzte Äußerung, der soziale Katholizismus scheine eines sanften Todes entschlafen zu sein, ausgelöste Diskussion findet sich dort zusammengestellt. – Vgl. auch meinen Beitrag „Der Volksverein für das katholische Deutschland“ in dieser Zschr. 190 (1972) 35–50.

gesprochen wird und es nicht nur ein einziges Verständnis, ja nicht einmal nur ein einziges *Selbstverständnis* der Kirche gibt, vielmehr unser Begriffsvermögen das, was die Kirche in Wahrheit ist, nur in einer Mehrheit von (Teil-)Verständnissen auszuschöpfen vermag³.

„Katholizismus“ ist kein Terminus technicus der Theologie oder irgendeiner anderen Wissenschaft mit genau festgelegter Bedeutung, ist vielmehr ein Wort der Alltags- und Umgangssprache und teilt daher unvermeidlich deren Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit. – In gewissem Sinn kann man sagen: Katholizismus ist zugleich *mehr* und *weniger* als (katholische) Kirche.

„*Mehr*“ insofern, als Katholizismus nach außen weiter ausgreift und alles einbezieht, was mit der Kirche, ihrer Lehre, ihrem Wirken, ihrem Einfluß u. a. m. wirklich oder vermeintlich in Zusammenhang steht oder als ihr oder ihren Bekennern, hier also den deutschen Katholiken, dem katholischen Volksteil, eigentümlich oder für ihn typisch angesehen wird. – So namentlich die Auffassung und der Sprachgebrauch nicht-katholischer Kreise. Aber auch die deutschen Katholiken, und zwar gerade dann, wenn sie *nicht als Kirche*, *nicht* im Auftrag oder unter Führung der Hierarchie handeln, sondern aus eigenem freiem Entschluß und in eigener Verantwortung für ihren Glauben und ihre Kirche eintreten oder auch nur Interessen des katholischen Volksteils geltend machen, bezeichnen sich als (deutscher) „Katholizismus“. Auch ihr Tun, ihr Organisationswesen, ebenso die Vorstellungen, Meinungen und Wertungen, von denen sie ausgehen oder sich inspirieren lassen, auch soweit sie nicht weltanschaulicher, sondern rein pragmatischer oder historisch-kontingenter Natur sind, alles das läuft unter der Bezeichnung „Katholizismus“. – Kurz: in der Regel (von der es Ausnahmen gibt) meint „Katholizismus“ *nicht* die hierarchische Kirche (die kirchliche Hierarchie), sondern was immer sonst irgendwie von der katholischen Kirche, vom katholischen Glauben oder von der bloßen Tatsache, daß man katholisch ist, herkommt oder darauf zurückgeht, nicht zuletzt die Wirksamkeit katholischer Laien und Laienverbände einschließlich des niederen Klerus; alles das nennt sich „Katholizismus“, wobei Außenstehende allerdings vielfach argwöhnen, es sei das alles doch nur Attrappe, diene nur den Machtansprüchen der Hierarchie und sei insgeheim von ihr gesteuert.

So umfaßt „Katholizismus“ dem äußeren *Umfang* nach vieles, was nicht im Bereich der Kirche, sondern im außerkirchlichen weltlichen Bereich liegt; insofern ist er *mehr* als die Kirche. – Dem inneren *Gehalt* nach ist „Katholizismus“ *weniger* als die Kirche, indem das, was er unternimmt oder unterläßt (oder jedenfalls das allermeiste davon) *nicht* im Namen der Kirche geschieht, von ihr weder gedeckt noch verantwortet zu werden braucht, also des kirchenamtlichen Charakters und der kirchenamtlichen Weihe entbehrt.

³ Sprechen wir *im* 19. oder *in bezug auf* das 19. Jahrhundert von Kirche, so klingt darin ein anderes („vorkonziliares“) Kirchenverständnis an, als wenn wir *nach* dem Zweiten Vatikanischen Konzil oder in bezug auf die Zeit nach ihm von Kirche sprechen. Wir sind uns dessen nicht immer bewußt; darum ist dieser Hinweis vielleicht angezeigt.

Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil haben wir deutlicher unterscheiden gelernt zwischen dem, was Katholiken als einzelne oder als Gruppen aus ihrer religiösen Überzeugung oder aus religiöser Motivation heraus tun, *ohne* von der kirchlichen Autorität dazu beauftragt oder auch nur ermächtigt zu sein, und was daher der Kirche als solcher weder im Guten zugerechnet noch im Bösen angelastet werden kann, und dem, was von Katholiken als einzelnen, als Gruppen oder auch als ganzem Volksteil eines Landes oder Staates kraft ihnen von der kirchlichen Autorität erteilter Weisung oder Sendung unternommen wird und wofür daher die *Kirche als solche* auch die Verantwortung trägt.

Wir deutsche Staatsbürger *sind* immer Staatsbürger; nichtsdestoweniger handeln wir selbst dann, wenn wir *als* Staatsbürger handeln, ja sogar wenn wir staatsbürgerliche Rechte ausüben oder staatsbürgerliche Pflichten erfüllen, nicht *als Staat*, so daß dieses unser Handeln ihm zuzurechnen wäre. Ganz dasselbe gilt im kirchlichen Raum. Wir Katholiken *sind* immer Kirche, aber selbst wenn wir unsere Pflichten *als* Glieder der Kirche erfüllen oder im Interesse der Kirche etwas unternehmen, für ihr Ansehen und ihre Rechte kämpfen oder uns bemühen, ihren Lehren im sozialen, ökonomischen oder politischen Leben Geltung zu verschaffen, handeln wir nicht oder doch nur in Ausnahmefällen *als* Kirche, sondern – nach einem nicht nur im deutschen Sprachbereich geläufigen Sprachgebrauch – *als* „Katholizismus“. – So handelt der soziale und erst recht der politische Katholizismus nicht kraft kirchlichen Auftrags oder kirchlicher Sendung. Sein Tun und Lassen, selbst wenn es vom christlichen Glauben, vom christlichen Ethos, ja selbst von päpstlichen Staats- oder Sozialenzykliken inspiriert ist, geht auf seine eigene Verantwortung. Das Gute, das ein solcher politischer oder sozialer Katholizismus tut, gereicht der Kirche zur *Ehre*; durch Verkehrtes oder gar Böses, das er täte, würde er der Kirche *Unehre* machen und könnte dadurch ihr Ansehen und ihren Einfluß schwer beeinträchtigen; nichtsdestoweniger ist sein Tun und Lassen *kein* Tun oder Lassen der Kirche⁴.

⁴ Da die Handelnden Söhne oder Töchter der Kirche sind, hat diese die Befugnis, deren Handeln unter der Rücksicht zu beurteilen, ob es den vom Glauben und vom Sittengesetz vorgegebenen Maßstäben entspricht oder widerspricht und *demgemäß* dieses Handeln zu billigen oder zu mißbilligen, und zwar nicht nur im nachhinein, sondern auch im vorhinein die Grenzen abzustecken, was mit dem Glauben und dem Sittengesetz vereinbar ist und was nicht. Wenn die Kirche (d. i. die Hierarchie) früher dazu neigte, über diese Grenze hinauszugreifen, ja sogar grundsätzlich eine weitergehende Zuständigkeit in Anspruch genommen hat (so noch zuletzt in „Mater et magistra“ n. 239: „si forte contingat“), so ist das inzwischen durch „Pacem in terris“ n. 160 („cum diiudicare opus est“) berichtigt; ganz nachdrücklich verweist die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils alles Weitergehende an den *Sachverstand* nicht der Theologen, sondern der jeweils zuständigen Fachleute.

Arbeitsteilung zwischen Kirche und Katholizismus

Entsprechend der unterschiedlichen Zuständigkeit unterscheiden sich denn auch die Arbeitsgebiete und Wirkbereiche von Kirche und Katholizismus und decken sich nur zu einem Teil. – Es gibt einen Bereich, der kraft göttlichen Rechts ausschließlich der hierarchischen Kirche vorbehalten ist, so insbesondere alles, wozu es der bischöflichen oder priesterlichen Weihegewalt bedarf. Es gibt weite Bereiche, die ihrer Natur nach „weltlich“ sind und als solche nur „ratione peccati“, d. i. unter der Rücksicht von sittlich gut oder böse in die Zuständigkeit der Kirche fallen; nichtsdestoweniger muß es der Kirche freistehen, sich auch in diesen Bereichen wie jeder andere zu betätigen und ihre Wirksamkeit zu entfalten. Das gilt insbesondere von dem, was man in der Sprache früherer Zeiten als die Werke der (leiblichen) Barmherzigkeit bezeichnete, zu denen die Kirche nicht bloß ihre Gläubigen anregen, sondern die sie auch selbst durch *ihre Organe* unternehmen und betreiben darf.

Ob oder inwieweit auch über diesen Bereich karitativer Wirksamkeit hinaus es der Kirche *anstehe* (nicht nur: *zustehe*!), sich im sozialen Bereich zu betätigen, war bis zu Leo XIII. („*Rerum novarum*“ 1891) *kontrovers*; diese Kontroversen hatten ihren Grund darin, daß es sich um einen neuentdeckten, bis dahin gar nicht erkannten Bereich handelte, über dessen Natur man zunächst einmal Klarheit gewinnen mußte; das brauchte Zeit⁵.

Inwieweit im eigentlich *politischen* Bereich die Kirche als solche sich engagieren soll oder ein Engagement kirchlicher Amtspersonen (z. B. Priester im Parlament oder auf Ministerposten, Prälaten als Parteiführer), *ohne daß* die Kirche als solche engagiert wäre, sich empfiehlt, läßt sich wohl allgemeingültig nicht entscheiden, sondern hängt von einer Vielzahl und Vielfalt von Umständen ab.

Aufs Ganze gesehen dürfte heute Einmütigkeit darüber bestehen, daß es weite Bereiche gibt, in denen sowohl die Kirche selbst als auch die Katholiken (der „Katholizismus“) zu wirken berufen sind und die Arbeit unter sich zu teilen haben. Ein gewisses Ausmaß dieser Arbeitsteilung wird grundsätzlicher Art sein; in der großen Mehrzahl der Fälle wird es sich um Fragen der Zweckmäßigkeit handeln, für die immer wieder neue Lösungen gefunden werden müssen.

Kirche und Katholizismus zu unterscheiden ist sonach alles andere als eine scholastische Spitzfindigkeit. Zwischen beiden sind die allerverschiedensten Beziehungen möglich von der vollkommenen Harmonie bis zum härtesten Konflikt. Diese beiden Extremfälle dürften wohl die Ausnahme sein; in der Regel werden *Phasenverschiebun-*

⁵ Wenn behauptet wird, das Erste Vatikanische Konzil sei sich unklar darüber gewesen, ob der Kirche eine Zuständigkeit für den sozialen Bereich zukomme, so stimmt das nicht. Das Konzil hat sich mit dieser Frage überhaupt nicht befaßt. Unter den für das Konzil erstellten Vorarbeiten befindet sich zwar, wie ein Kenner des Quellenmaterials mir mitteilte, eine diesbezügliche Vorlage. Auch zur Frage, ob das Konzil zum Kommunismus Stellung nehmen solle, liegt ein Gutachten vor, wonach es darüber kein Urteil in der überkommenen Form eines Anathems aussprechen, sondern nur seinen Abscheu zum Ausdruck bringen sollte („*per modum detestationis*“). Das Konzil kam nicht dazu, sich damit zu befassen.

gen bestehen. Das eine Mal wird die Kirche mit ihrer Staats- oder Gesellschaftslehre der Praxis des politischen oder sozialen Katholizismus weit vorausseilen; das andere Mal wird der soziale oder politische Katholizismus in Führung sein und sich von der hinter den Ereignissen zurückbleibenden administrativen Praxis kurialer Instanzen und bischöflicher Ordinariate gehemmt fühlen. – Eine besonders schwierige Lage entsteht, wenn in der Hierarchie selbst die Meinungen gespalten sind oder die administrative Praxis hinter den in lehramtlichen Dokumenten verkündeten Grundsätzen zurückbleibt. – Im sozialen und politischen Katholizismus selbst sind Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Pragmatik schlechterdings unausbleiblich; das liegt in der Natur der Sache (und der Menschen); auch Interessenkonflikte lassen sich leider nicht abschließen; mit beidem müssen wir uns abfinden.

In der Geschichte des sozialen, weniger des politischen Katholizismus in Deutschland vermischen sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Hierarchie und Phasenverschiebungen der vorstehend angedeuteten Art.

Das 19. Jahrhundert

Dies vorausgeschickt sei nunmehr versucht, die einstige Stärke und (im Vergleich dazu) die Schwäche des sozialen Katholizismus von heute einigermaßen verständlich zu machen.

Jedermann weiß, daß historische Erscheinungen und Begebenheiten sich niemals adäquat beschreiben und noch viel weniger adäquat erklären lassen. Daher maß auch die hier zu gebende Erklärung sich keineswegs an, erschöpfend und allein zutreffend zu sein. Immerhin möchte ich glauben, daß sie, wenn auch nicht *alles* Entscheidende, so doch auf jeden Fall *Entscheidendes* trifft. Meine Erklärung ist diese: In seiner Glanzzeit bildeten der soziale und der politische Katholizismus eine unzertrennbare *Einheit*; ja, man kann sagen, sie waren ein und dasselbe. Unter den damaligen Verhältnissen in Preußen-Deutschland war diese Einheit nicht nur möglich, sondern sie war geboten, ja von selbst gegeben. Inzwischen haben die Verhältnisse sich grundlegend gewandelt; die Voraussetzungen dieser Einheit und damit diese selbst sind *entfallen*; damit fehlt dem sozialen Katholizismus von heute jene machtvolle Stütze, die ihm damals zu Gebote stand.

Die Katholiken in Preußen-Deutschland fühlten sich als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt; diese Zurücksetzung mußte überwunden werden, damit sie diesen Staat wirklich als den ihren anerkennen konnten. Durch den *Bismarckeschen* Kulturkampf sahen sie sich zusätzlich genötigt, für die Rechte und die Freiheit ihrer Kirche zu kämpfen; dazu kam noch ihr Einsatz in der „römischen Frage“, wie man sie damals nannte und verstand, nämlich Wiederherstellung der durch die nationale Einigung Italiens verletzten Rechte des Hl. Stuhls, die man sich nur in Gestalt einer Wiederherstellung des Kirchenstaats vorstellen konnte, bis Pius XI. 1929 eine bessere Lösung fand. Das war in der Hauptsache die Thematik des politischen Katholizismus zur

Zeit des Bismarck-Reichs, und daran nahm der ganze katholische Volksteil aus seinem Glaubensbewußtsein heraus lebhaften, ja leidenschaftlichen Anteil.

Wie konnte das an erster Stelle genannte, ausgesprochen staatspolitische Ziel erreicht werden, das dann die Bahn öffnete zu den kirchenpolitischen Zielen? Dazu mußte der katholische Volksteil viel stärker in das Gesamtleben der Nation integriert werden, mußte insbesondere den Anschluß finden an den mit atemberaubendem Tempo sich vollziehenden Wandel Deutschlands aus einem Agrar- zu einem Industriestaat. Das aber erforderte, daß der katholische Volksteil seine traditionellen Hemmungen gegen die siegreich vordringende kapitalistische Wirtschaftsweise ablegte und sich ihr gegenüber zu einer Haltung durchrang, die es ihm gestattete, mit gutem Gewissen ohne Preisgabe irgendwelcher Forderungen der christlichen Ethik in diese Entwicklung einzusteigen⁶.

Die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat kapitalistischer Prägung stellte den katholischen Volksteil vor die dem 19. Jahrhundert eigentümliche Erscheinungsform der „Sozialen Frage“, d. i. vor die *Arbeiterfrage*. Die neue Wirtschaftsweise schuf einen neuen gesellschaftlichen Typus, den „Arbeiter“. Damit war der *soziale* Katholizismus auf den Plan gerufen; damit eröffnete sich ihm aber zugleich die einzigartige *Chance*, durch seinen Beitrag zur sozialen Frage eine *staatspolitische* Leistung zu vollbringen und auf diesem Weg den Rückstand des katholischen Volksteils im Wirtschaftsleben und seine Zurücksetzung im staatlichen Leben zu überwinden und die ihm bis dahin vorenthaltene staatsbürgerliche Gleichstellung zu erringen.

Sozusagen einen Vorgriff auf das Ringen des sozialen Katholizismus um die Arbeiterfrage bildet die 1837 im *badischen* Landtag gehaltene Rede des Abgeordneten *Buß*, die erste überhaupt in einem deutschen Parlament gehaltene sozialpolitische Rede⁷. Daß diese Rede von einem *katholischen* Abgeordneten gehalten worden ist, erfüllt uns Katholiken mit begreiflicher Genugtuung; die *Kirche* ist mit gutem Grund stolz auf diesen ihren Sohn. Aber *Buß* sprach nicht als Kirche oder namens der Kirche, war von der Kirche dazu weder angeregt oder ermutigt noch auch wurde er nachträglich von ihr bestätigt oder gestützt. *Buß* schöpfte auch nicht aus kirchenlehramtlichen Dokumenten, sondern handelte schlicht aus seiner persönlichen Einsicht und in dieser Funktion als Volksvertreter. „Politischer Katholizismus“ war damals noch ein unbekannter Begriff; als einzelner machte *Buß* noch keinen politischen Katholizismus aus, aber der Typus sowohl des politischen als auch des sozialen Katholizismus wie auch schon die personale und reale Identität beider waren in ihm bereits vorgeprägt.

„Politischer Katholizismus“ begegnet uns erst in Gestalt der „katholischen Fraktion“, die sich zuerst im Frankfurter Paulskirchenparlament 1848 und dann 1850 im *preußischen* Landtag bildete im Zusammenhang mit den Verfassungskämpfen, ins-

⁶ Auf anderer Ebene entsprach dem das gleichgerichtete Streben, die immer schmerzlicher empfundene „Inferiorität“ im wissenschaftlichen, kulturellen, literarischen usw. Leben zu überwinden.

⁷ Die Rede wurde mehrfach neu gedruckt, zuletzt noch 1974; für eine Parlamentsrede eine seltene, in diesem Fall aber bestimmt verdiente Ehre.

besondere mit dem Ringen um die Religionsartikel der preußischen Verfassung. Sie war die Vorläuferin der Zentrumspartei und Zentrumsfraktion im preußischen Landtag und nach der Reichsgründung im Deutschen Reichstag. Ihr Dasein und ihr Wirken konnte der kirchlichen Hierarchie, näherhin dem preußischen Episkopat nur willkommen sein, vermochte sie doch wirksamer für die Rechte und die Freiheit der Kirche einzutreten als irgendwelche kirchliche Stellen oder Organe. Sozialpolitische Fragen standen zunächst noch gar nicht auf der Tagesordnung des Parlaments.

Der Vorstoß von Buß 1837 war ohne Folgen geblieben; weder die von ihm angesprochenen Politiker noch die Kirche hatten seine Anregung aufgegriffen. Dagegen begannen im katholischen Schrifttum soziale und sozial-ökonomische Fragen eine Rolle zu spielen; aber nur sehr langsam und nur unter vielen Rückfällen gelang es, von Vorstellungen einer Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft loszukommen, in die der durch die industrielle Technik und die kapitalistische Wirtschaftsweise geprägte neue Typ des Arbeiters nun einmal nicht hineinpaßte.

Zwei Priester waren es, *Adolf Kolping* und *W. E. v. Ketteler*, die sich der durch die voranschreitende Industrialisierung herbeigeführten Not annahmen. Die Not bestand auf zwei Seiten: auf der einen Seite die *Bedrängnis* des durch die sich ausbreitende und es überflügelnde Industrie gefährdeten *Handwerks* und der davon besonders hart betroffenen *Handwerksgesellen*; auf der anderen Seite das *Elend* der mit dem Aufkommen und der fortschreitenden Ausbreitung der Industrie immer zahlreicher werdenden *Arbeiterschaft*. So ergab sich für sie eine Teilung der Arbeit. *Kolping* nahm sich der Not des Handwerks an und ging damit in die Geschichte ein als der *Gesellenvater*; sein Werk fand alsbald die kirchenamtliche Anerkennung; für jeden Gesellenverein (heute jedes Kolpingwerk) bestellt der zuständige Diözesanbischof einen Priester als „Präses“⁸. *Ketteler* wandte sich der neuen Gruppe der *Arbeiterschaft* zu, brachte schon 1848 als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung die Arbeiterfrage auf die Mainzer Domkanzel, erarbeitete sich Schritt für Schritt ein immer zutreffenderes Bild von dieser Gruppe und ihrer Lage und versuchte, nachdem er Bischof geworden, auch seinen bischöflichen Amtsbrüdern das Verständnis dafür zu erschließen. Sein vor der Fuldaer Bischofskonferenz 1869 gehaltenes Referat ist das erste Engagement der Kirche als solcher in der Arbeiterfrage; mehr als verbale Zustimmung vermochte er allerdings bei den Bischöfen mindestens zunächst nicht zu erzielen.

⁸ In seinen letzten Lebensjahren soll Kolping sich auch mit der neuartigen Erscheinung der *Arbeiterschaft* befaßt und sich beachtenswerte Gedanken darüber gemacht haben; sein Lebenswerk galt aber *nicht* der *Arbeiterschaft*, sondern der anderen, von vielen bereits als vermeintlich unrettbar dem Untergang geweiht *preisgegebenen* Gruppe.

Vereins- und Verbandswesen

Mit dem Revolutionsjahr 1848 setzt auf breiter Front das katholische Vereins- (später Verbands-)wesen ein. In diesem Vereinswesen und seiner Spitze, den „Generalversammlungen“, kurz „Katholikentage“ genannt, verbanden sich Bestrebungen der Bildung, darunter namentlich in den Anfängen nicht an letzter Stelle der *Arbeiterbildung*, von der dann der Weg zu den katholischen Arbeitervereinen und mittelbar zur christlichen Gewerkschaftsbewegung führte, mit der Kirchenpolitik, damals vor allem als Einsatz für die Erhaltung der als für sein Amt unentbehrlich angesehenen weltlichen Herrschaft des Hl. Vaters über Rom und nach deren Verlust für ihre Wiederherstellung (sog. „römische Frage“) u. a. m. – Auf den Katholikentagen gewinnen die sozialen Probleme, insbesondere die Arbeiterfrage, immer größere Bedeutung. So ist dieses Vereinswesen (kirchen-)politischer und sozialer Katholizismus in einem. Trotz starker Förderung durch die Geistlichkeit ist dieses Vereinswesen ausgesprochenenmaßen *Laienbewegung*, dies auch dann, wenn manche dieser Vereine und später Verbände unter kirchenamtliche Leitung eingefangen wurden, indem ihnen Seelsorgspriester nebenamtlich als Präsidien und/oder ein freigestellter Geistlicher als Generalpräses zugeordnet wurden. Auch solche Vereine bzw. Verbände handeln namens und in Vollmacht der in ihnen zusammengeschlossenen Mitglieder, nicht namens und in Vollmacht der den geistlichen „Präses“ entsendenden oder ernennenden Kirche.

Damit stellt sich mit Recht die Frage nach den *Beziehungen* zwischen diesen Vereinen oder Verbänden und der Kirche. – Ganz ohne Zweifel *sind* die Mitglieder dieser Vereine nicht nur Kirche, sondern verstehen sich auch als Kirche; ihre kirchliche, nicht zuletzt papsttreue Gesinnung hat sie zusammengeführt, und aus dieser Gesinnung heraus wollen sie handeln. Daran konnten Papst und Bischöfe nur ihre helle Freude haben. Und doch scheint es, daß den deutschen Bischöfen bei dieser Laienbewegung und Laieninitiative nicht ganz wohl war. In der Kirche als „*acies ordinata*“, als „wohlgeordnetes Schlachtheer“, sollte es genau wie im Militär des 19. Jahrhunderts nur den strammen, um nicht zu sagen sturen militärischen Gehorsam geben, der *nur* „auf Befehl“ handelt. Nichts sollte geschehen, nichts unternommen werden, das nicht von oben her angeordnet oder allermindestens, nachdem es zur Prüfung vorgelegen hatte, genehmigt worden sei. Noch 1928, als der Vorsitzende des „Zentralkomitees zur Vorbereitung der deutschen Katholikentage“, Aloys Fürst zu Löwenstein, dieses Komitee ungefähr im Sinn des heutigen „Zentralkomitees der deutschen Katholiken“ umbilden wollte, erteilte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz ihm eine schneidende Abfuhr⁹.

Gewiß wäre es falsch, sich vorzustellen, der deutsche Episkopat sei diesem seit 1848 sich entfaltenden Vereinswesen abgeneigt gewesen; er hat es unzählige Male empfohlen.

⁹ Soweit die deutschen Katholiken zur Zeit Leos XIII. aus eigener Initiative etwas für den Papst unternahmen, wurden sie sogar vom Hl. Stuhl gegen die ihnen dabei von ihren Bischöfen auferlegten Hemmungen gestützt; Belege dafür bei K. Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie (1963).

Die Bischöfe wollten es aber fest an der Leine halten in der Meinung, für alles, was dort geschehe, müßten sie die Verantwortung tragen und deshalb dürfe auch nur das geschehen, was sie entweder selbst angeordnet hätten oder wofür sie die Verantwortung zu übernehmen gewillt seien. Daß die Glieder der Kirche, auch wenn sie sich zu gemeinsamem Handeln zusammentun, „aus eigener Verantwortung handeln, ohne daß dadurch die Verantwortung der kirchlichen Hierarchie berührt wird“ (Römische Bischofssynode 1971, Dokument über die Gerechtigkeit in der Welt, Absatz 39), war ein dem vorkonziliaren Denken ungewohnter Gedanke. So waren denn auch die Beziehungen der katholischen Vereine und Verbände zwar zu einzelnen, ja sogar zu vielen Bischöfen vertrauensvoll und herzlich, die Beziehungen zum Gesamtepiskopat aber wohl kaum jemals ganz ungetrübt. Das gilt insbesondere auch von dem 1890 gegründeten „Volksverein für das katholische Deutschland“ (VVfdkD)¹⁰.

Politischer und sozialer Katholizismus Schulter an Schulter im Bismarck-Reich

Mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 war für die deutschen Katholiken eine neue Lage geschaffen. Da Bismarck alsbald nach der Reichsgründung den Kulturkampf eröffnete, war der *politische Katholizismus* in Gestalt der Deutschen Zentrums- und der Zentrumsfraktionen im Reichstag und preußischen Landtag aufgerufen, die Rechte der Kirche zu vertreten und sich gegen die Zurücksetzung der Katholiken zu Staatsbürgern zweiter Klasse zur Wehr zu setzen. Insoweit gab es zwischen „Zentrum“ und Kirche keine Meinungsverschiedenheiten; erst als der Kulturkampf in der Hauptsache siegreich bestanden und damit abgeklungen war, kam man dazu, über das Verhältnis von politischer Partei und Kirche zu reflektieren. Kirchlicherseits in politische Entscheidungen der Partei hineinzureden, wurde gelegentlich versucht; den von Leo XIII. geäußerten Wunsch, das Zentrum möge Bismarck in der Septennatsfrage entgegenkommen, um ihn dadurch nachgiebiger in kirchenpolitischen Fragen zu stimmen, konnte Windthorst zurückweisen und dadurch die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Partei vor aller Welt deutlich herausstellen. Gewiß bedurfte es, um zur Verständigung zwischen Kirche und Bismarck-Reich zu gelangen, der Klugheit und des diplomatischen Geschicks Leos XIII., und da die Kirche als solche die Angegriffene war, konnte auch nur sie selbst den Waffenstillstand und den Friedensschluß unterzeichnen. Der Anteil des katholischen Volksteils in Deutschland selbst, der von der Zentrums- und der in ihr führenden katholischen Männer politisch vertreten wurde, d. i. des politischen Katholizismus, wird dadurch in keiner Weise geschmälert. Ganz und gar *dessen* Verdienst ist die beispielhafte Leistung auf dem von Bismarck erstmals betretenen Gebiet der *Sozialpolitik*.

Die Verdienste der Zentrums- und der in ihr führenden katholischen Männer um die soziale Gesetzgebung aufzuzählen erübrigt sich; sie sind in aller Welt bekannt.

¹⁰ Siehe dazu meinen Beitrag in dieser Zschr. 190 (1972) 35–50.

Immerhin sei daran erinnert, daß, als Bismarck Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft als unerläßlich erkannte, um die gesellschaftliche Ordnung und staatliche Sicherheit zu erhalten, die *Sozialdemokratie*, die darin nur eine andere Art des Kampfes gegen ihre Ziele erblickte, sich ganz ebenso wie die reaktionären Kräfte *versagte*. Um seine sozialpolitischen Gesetze im Reichstag durchzubringen, war Bismarck auf das Zentrum angewiesen. Die Zentrumsfraktion stellte ihm aber nicht nur ihre Stimmen zur Verfügung; sie nahm die Sozialpolitik kräftig in die eigene Hand, beteiligte sich mit eigenen schöpferischen Gedanken, gab immer wieder neue Antriebe und behielt bis in die Weimarer Zeit, als die Sozialdemokratie längst die Wendung zur positiven Mitarbeit vollzogen hatte, sozialpolitisch die Führung.

Hier ist eine deutliche Phasenverschiebung zu beobachten. Der politische und zugleich soziale Katholizismus war der „Kirche“ weit vorausgeeilt. Für die Kirche, d. i. die Hierarchie, aber auch die Mehrzahl der Theologen war der soziale Bereich noch gar nicht entdeckt. „Soziale“ Maßnahmen überhaupt, namentlich aber solche des Staats, waren verdächtig; sie erschienen geradezu als bössartige weltliche Wettbewerber oder Widersacher der christlichen Caritas¹¹. Dazu kamen die nach jahrzehntelanger Mißhandlung und Knechtung der Kirche durch die Staatsgewalt nur zu begründeten Bedenken gegen den mit der Sozialpolitik unvermeidlich verbundenen Machtzuwachs des Staats. So war das Engagement für Sozialpolitik – auch wenn einzelne Priester wie namentlich Franz Hitze sich dafür einsetzten – eine ausgesprochen *laikale* Angelegenheit, *getragen* vom katholischen Vereinswesen und insbesondere von den Katholikentagen und durch katholische Parlamentarier gesetzgeberisch *durchgesetzt*. Für die Kirche tat erst Leo XIII. 1891 den entscheidenden Schritt und proklamierte in „*Rerum novarum*“ das Recht und die Pflicht des Staats zur sozialen Intervention; selbst Ketteler († 1877), den Leo XIII. als „*notre grand prédécesseur*“ rühmt, hatte trotz seines fortgeschrittenen Verständnisses der Arbeiterfrage sich nur zögernd dazu durchgerungen und war damit unter seinen bischöflichen Amtsbrüdern allein geblieben.

Mit Leos XIII. Entscheidung für die Staatsintervention und für das Koalitionsrecht der Arbeiter hatte die Kirche in autoritativster Weise den *sozialen* Bereich betreten und insofern das Vorauspreschen des sozialen und politischen Katholizismus sanktioniert. Aber gerade in dem Jahrzehnt nach dem Erscheinen von „*Rerum novarum*“ kam es im deutschen Raum zu dem unter dem Namen „deutscher Gewerkschaftsstreit“ in die Geschichte eingegangenen unseligen Konflikt zwischen kirchlichem Führungsanspruch und sozialem Katholizismus, den der Erste Weltkrieg unter sich begrub, dessen unheilvolle Nachwirkungen aber bis heute nicht überwunden sind. Die Einzelheiten sind hier nicht nachzuzeichnen¹².

Daß die Kirche den treuesten ihrer Söhne unter der Arbeiterschaft, die unter unvor-

¹¹ Noch unter Pius X. wurde „soziale Gerechtigkeit“ (obwohl er selbst in der Enzyklika zum Gedächtnis Gregors d. Gr. 1904 sich dieses Wortes bedient hatte) als „modernistisch“ denunziert.

¹² Vgl. meinen Beitrag: Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende, in: Festschrift für Otto Brenner, hrsg. v. P. v. Oertzen (Frankfurt 1967).

stellbaren Schwierigkeiten und Opfern den damals militant atheistischen „Freien“ Gewerkschaften *Christlich-nationale Gewerkschaften* entgegengestellt hatten, keinen Dank und keine Anerkennung zollte, vielmehr ein Teil des deutschen Episkopats mit starker Rückendeckung an der römischen Kurie die katholischen Arbeiter streng auf Fachabteilungen *im* katholischen Arbeiterverein beschränken und selbständige, nicht vom Geistlichen, sondern von Arbeitern selbst geleitete und erst recht interkonfessionelle Gewerkschaften nicht zulassen wollte, hat katholische Arbeiter geradezu aus der Kirche hinausgetrieben. Diese durch Pius X. 1912 gemilderte, erst durch Pius XI. 1931 endgültig berichtigte Haltung der Kirche hat den sozialen Katholizismus in nicht wiedergutzumachender Weise geschwächt. Nur dank seiner weitgehenden Integrierung in den politischen Katholizismus, der weitgehenden Personalunion zwischen Zentrum und katholischen Verbänden, insbesondere Volksverein und Arbeitervereinen, war dem sozialen Katholizismus bis zur Machtergreifung des Nationalsozialismus Weiterleben und die Möglichkeit weiteren Wirkens gesichert.

Dem *politischen* Katholizismus war es verhältnismäßig gut gelungen, die Mehrheit der deutschen Katholiken ungeachtet ihrer Anhänglichkeit an die überkommene monarchische Staatsform zur inneren Bejahung des neuen demokratischen Staatswesens zu führen. Der Umstand, daß die Weimarer Reichsverfassung der Kirche eine bis dahin nie gekannte Freiheit bescherte und die Zurücksetzung der Katholiken als Staatsbürger zweiter Klasse, wenn schon nicht völlig beseitigte, so doch weitgehend abbaute, hatte das sehr erleichtert. Die kirchenpolitischen Ziele des politischen Katholizismus waren in der Hauptsache erreicht; auf dem sozialpolitischen Feld blieb für ihn genug zu tun übrig, um ihm auch weiter Wirkmöglichkeit und damit Daseinsberechtigung zu sichern¹³.

Sozialer Katholizismus auf sich allein gestellt

Obwohl, wie gesagt, auf sozialem Gebiet genug zu tun übriggeblieben war und in den 1920er Jahren wirklich Bedeutendes geleistet wurde, gestaltete sich für den *sozialen* Katholizismus die Lage immer ungünstiger. Das Interesse weiter katholischer und insbesondere der kirchlichen Kreise wandte sich vom sozialen Bereich mehr und mehr ab.

Stark daran beteiligt war die liturgische Bewegung. So wertvoll sie an sich war, so hat sie doch von den harten Sachfragen des täglichen sozialen und ökonomischen Lebens abgelenkt¹⁴. Bei den katholischen Intellektuellen griff die Neigung um sich, alles „aus dem Katholischen heraus“ zu gestalten, auf alle Fragen „aus dem Katholischen heraus“

¹³ In der Weimarer Zeit war ein katholischer Priester – H. Brauns – 1920 bis 1928 Reichsarbeitsminister, länger als jeder andere. In seinen priesterlichen Funktionen von höchster Gewissenhaftigkeit, verstand er sich als Politiker bestimmt *nicht* als Kirchenmann. Wie auf F. J. Buß kann die Kirche mit gutem Grund auf diesen ihren Sohn stolz sein; seine Leistung und seine Erfolge kann sie jedoch nicht *sich* gutschreiben.

¹⁴ Noch unter dem Pontifikat Pius' XI. äußerte ein deutscher Generalvikar (Studiengenosse von mir in Innsbruck 1910/11), die Kirche habe sich auf die Liturgie zu beschränken; von katholischer Soziallehre werde in längstens 10 Jahren kein Mensch mehr reden.

die Antwort zu geben; das bedeutete aber, daß man über allgemeine (abstrakte) dogmatische und ethische Prinzipien nicht hinauskam und so tatsächlich die Antwort *schuldig* blieb. Außerhalb der betroffenen Kreise selbst war das Interesse an den sozialen Problemen weithin erloschen. Die offizielle Sozialpolitik befand sich in einer schleichenden Krise, mit der manche „bürgerliche“ Kreise geradezu ihren Kult trieben.

Für den sozialen Katholizismus kam ein anderer erschwerender Umstand hinzu: Eine wachsende Spannung zwischen der kirchlichen Hierarchie und dem katholischen Verbandswesen überhaupt. Stark dazu beigetragen hat, daß die sehr vitalen und dynamischen Verbandszentralen äußerst produktiv an nicht immer ausgereiften Ideen waren; das wurde von den eher konservativ eingestellten Ordinariaten vielfach als beunruhigend empfunden. So kam es zu einer unerfreulichen Polarisierung zwischen Verbandszentralen und Ordinariaten, zwischen „Verbandskardinälen“, wie man sie nannte, und Diözesanoberhirten; im Hintergrund stand der Gegensatz zwischen dem die Gliederung der Kirche in Bistümer und Pfarreien beherrschenden Territorialprinzip und dem für die Verbandsbildung maßgeblichen Personal- bzw. Funktionalprinzip.

Das alles wurde überrollt durch die Machtergreifung des Nationalsozialismus, die zum Zweiten Weltkrieg führte. – Die *Kirche* zu zerschlagen war dem Nationalsozialismus nicht gelungen; sie hatte das 1000jährige Reich überstanden; dagegen war der politische Katholizismus völlig und der soziale Katholizismus bis auf geringe Reste zerschlagen. So stand man nach dem Zusammenbruch vor der Frage, ob und zutreffendenfalls was man wiederaufbauen solle. Man entschloß sich, einen politischen Katholizismus in der alten Form nicht wieder aufzubauen, vielmehr Christen beider Bekenntnisse in den Unionsparteien zusammenzufassen. Damit war der *soziale* Katholizismus aufs schwerste betroffen. An eine enge Verbindung mit der politischen Partei durch weitgehende Personalunion, wie sie im Bismarck-Reich und in der Weimarer Republik bestanden hatte, war jetzt nicht mehr zu denken. Von Ausnahmefällen abgesehen, die die Regel bestätigen, mußte der soziale Katholizismus jetzt ganz auf sich selber stehen und konnte bestenfalls seinerseits den Unionsparteien eine gewisse Stütze leihen statt wie seinerzeit von der Zentrumspartei als dem politischen Arm des katholischen Volksteils sich stützen oder gar tragen zu lassen. – Die Stärke beider, des politischen und des sozialen Katholizismus hatte auf ihrer weitgehenden Integration beruht. Die im vorpolitischen bzw. vorparlamentarischen Raum agierenden Verbände waren in der politischen Partei fest verankert gewesen, als deren Abgeordnete ihre führenden Männer im Reichstag saßen und die soziale Gesetzgebung schufen.

Die Christlichen Gewerkschaften, die im Gewerkschaftsstreit trotz der ihnen bereiteten Schwierigkeiten zu guter Letzt über „Sitz Berlin“ mit seinem Fachabteilungsprinzip Sieger geblieben waren, hatten, obwohl ihrer Satzung nach interkonfessionell, ihre Inspiration wesentlich von Mönchengladbach (VVfdkD) bezogen, ihrem Mitgliederbestand und ihren Führungskräften nach ganz überwiegend zum sozialen Katholizismus gezählt und ihm ungeachtet gewisser Konflikte mit der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) eine starke Stütze gegeben. Mit den anderen Gewerkschaften waren

auch sie aufgelöst worden. Auch dieser Stütze ging der soziale Katholizismus verlustig, als man sich entschloß, die früheren Richtungsgewerkschaften nicht wieder aufzubauen und statt dessen eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Dasselbe gilt vom genossenschaftlichen Bereich, insbesondere den Verbrauchergenossenschaften. Für die katholische Arbeiterbewegung bedeutete dies, daß sich das *Poelssche* Modell: Standesverein als Mutterorganisation mit Gewerkschaft und Genossenschaft als Töchtern (holländisch standorganisatie, vakorganisatie, cooperatie) nicht aufrechterhalten ließ; die katholischen Arbeitervereine mußten sich eine neue Konzeption erarbeiten.

Ganz allgemein erschwerend wirkte die nach der Überanstrengung durch den Nationalsozialismus äußerst geringe Organisationswilligkeit. Geradezu organisationsfeindlich war die Haltung eines großen Teils des Seelsorgeklerus, der sich extrem einseitig dem „Pfarrprinzip“ verschrieben hatte. Nicht Vereine oder Verbände, sondern Naturstände („Säulen“) lautete die Parole. Der Wieder- oder Neubegründung der Arbeitervereine oder der Einführung der CAJ wurde harter Widerstand entgegengesetzt; in einzelnen Bistümern ergingen sogar ausdrückliche Verbote der KAB bzw. CAJ. Nur auf starken Druck von Rom (Pius XII. persönlich) wurden diese Widerstände abgebaut, ohne daß es gelungen wäre, sie völlig auszuräumen.

Heute scheint es nicht sosehr der Gegensatz von Territorial- und Funktionalprinzip zu sein, der zu Konflikten zwischen „Kirche“ und sozialem Katholizismus führt, als vielmehr die Konkurrenz der nach dem Konzil neu geschaffenen oder zu schaffenden Institutionen kirchenamtlichen Charakters („Räte“ und dergleichen mehr) und der „freien“ Gebilde.

Die erste Lesung der Vorlage „Kirche und Arbeiterschaft“ auf der 6. Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland hat uns die Augen dafür geöffnet, wie wenig klar unsere Sicht in diesen Dingen auch heute noch ist. Ein Lernprozeß ist in Gang gekommen; wir haben noch sehr viel zu lernen.

Lage und Aufgaben heute

Die wesentliche Aufgabe eines *politischen* Katholizismus in unserem Land, der Kirche die ihr gebührende Freiheit und den deutschen Katholiken die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erkämpfen, ist seit Weimar erfüllt. Heute, wo es nicht mehr um staatliche Begünstigung eines Bekenntnisses auf Kosten eines anderen, auch nicht um Abwehr von Einmischung des Staats in innerkirchliche Angelegenheiten, sondern darum geht, nicht nur für christlichen Glauben und christliches Leben, sondern überhaupt für den Glauben an eine Transzendenz, an den persönlichen und heiligen Gott im privaten und öffentlichen Leben Raum offenzuhalten, ist nicht mehr der katholische Volksteil, sondern ist die Gesamtheit derer, die an Gott glauben, die Christenheit insgesamt, ist die Kirche als solche und als Ganzes in Haupt und Gliedern gefordert; politischer Katholizismus ist dafür weder zureichend noch zuständig.

Anders die Lage des *sozialen* Katholizismus. Seine Aufgaben sind weder gelöst noch durch eine veränderte Lage überholt, vielmehr ins Ungeheure gewachsen. – Verstand man im 19. und noch im Anfang des 20. Jahrhunderts die Arbeiterfrage als die „Soziale Frage“ schlechthin, so hat die Soziale Frage inzwischen unvergleichlich größere Ausmaße angenommen, ist nach Breite und Tiefe gewachsen. Es geht nicht mehr darum, durch sozialpolitische Maßnahmen, durch ein gerechteres Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit die durch die unhaltbare Lage der Arbeiterschaft gefährdete (bestehende) gesellschaftliche und staatliche Ordnung der industriell fortgeschrittenen Länder zu sichern und auf die Dauer zu *erhalten*; es geht um deren Fortentwicklung und Bessergestaltung; Sozialpolitik wandelte sich zur Sozial*reform* oder, wie man heute zu sagen pflegt, Gesellschaftspolitik. Sie ist aber auch über den nationalen Rahmen hinausgewachsen zur Frage nach den Beziehungen reicher und armer Länder zueinander und nach Herstellung einer befriedigenden gesellschaftlichen Ordnung im inner-, zwischen- und überstaatlichen Bereich.

Unserem sozialen Katholizismus waren seinerzeit dank seiner engen Verbindung mit dem politischen Katholizismus große Leistungen möglich im innerstaatlichen Bereich. Vieles, das meiste, auf jeden Fall das Dringendste in diesem Bereich *ist* geschafft; die himmelschreienden Zustände von dazumal bestehen nicht mehr; sie sind überwunden. Aber es bleiben Aufgaben, darunter auch spezifische für einen „sozialen Katholizismus“.

Für die katholische Soziallehre steht im vorhinein fest, daß es kein irdisches Paradies gibt; damit allein ist gewährleistet, daß für einen sozialen Katholizismus immer etwas zu tun übrigbleibt. Was alles im sozialen Bereich hier bei uns an Aufgaben noch ansteht, braucht hier nicht aufgezählt zu werden; es würde ein ganzes Buch füllen. – Nur an eine einzige Aufgabe sei erinnert, die seit 1945 hinzugekommen ist: Das Programm, mit dem eine *Einheits-Gewerkschaft* steht und fällt, in der konkret-praktischen Wirklichkeit des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens zu *verwirklichen*. Solange der soziale Katholizismus diesem Riesen „Einheitsgewerkschaft“ gegenüber nur ein Zwerg ist, geht diese Aufgabe auch beim redlichsten Bemühen über seine Kräfte.

Warum aber zählt der soziale Katholizismus nicht eine vielmal größere Gefolgschaft? Warum ist namentlich die Zahl derer, die sich ernsthaft engagieren, so gering? Ein Grund dafür ist sicher dieser, daß politisches Engagement in vieler Hinsicht verlockender ist als soziales und speziell gewerkschaftliches Engagement. – Ein anderer Grund ist dieser, daß die Arbeiterfrage eine brennende Angelegenheit der im *aktiven* Leben stehenden Menschen war bzw. ist, die selbst für ihre Sache kämpfen können; die heutigen sozialen Probleme dagegen sind weitgehend solche sozialer *Randgruppen*, die aus eigener Kraft nicht viel unternehmen können und sich ohnehin schwer tun, sich zur Geltung zu bringen. – In unserer beschränkten Sicht erscheinen auch die Entwicklungsländer, obwohl sie die Mehrheit der Menschheit ausmachen, als solche *Randgruppen*, für die wir nur mühsam Interesse und Verantwortung bei uns erwecken.

Nicht zuletzt belastet die derzeitige Lage der Kirche, insbesondere die Zerrissenheit

und Zerfahrenheit unter den Theologen, den sozialen Katholizismus schwer. Nicht nur, daß *innerkirchliche* Probleme das Denken so stark in Anspruch nehmen, daß die *sozialen* Probleme aus dem Bewußtsein verdrängt werden. Die derzeitige Zerfahrenheit der theologischen Wissenschaft hat auch die katholische Soziallehre in Mitleidenschaft gezogen¹⁵, so daß nicht nur in einzelnen Sachfragen verschiedene Meinungen unter deren Vertretern bestehen (das hat es immer gegeben, mußte immer und kann auch heute ertragen werden), sondern die *Grundlagen* erschüttert scheinen (wohlgemerkt: „scheinen“, nicht „sind“!). Der soziale Katholizismus braucht nichts notwendiger als das feste Fundament der Glaubensüberzeugung und der Überzeugung von seiner Sendung. Daraus kann er zwar nicht wie aus einer Datenbank die fertigen Lösungen der Sachfragen abrufen, aber sie weist ihm die Richtung, in der er mit innerer Gewißheit marschiert und in der er die Lösungen zu *suchen* hat und zu guter Letzt auch *finden* wird¹⁶.

¹⁵ Vgl. meinen Beitrag: Krise der katholischen Soziallehre?, in dieser Zschr. 189 (1972) 86–92, wiederabgedruckt in: O. v. Nell-Breuning, Wie sozial ist die Kirche? (Düsseldorf 1972) 55–70.

¹⁶ Vgl. meinen Beitrag: Die gesellschaftspolitische Aufgabe der katholischen Soziallehre, in: Sozialpolitik, hrsg. v. A. Christmann, W. Hesselbach, M. Jahn, E. W. Mommsen (Köln 1974) 391–414.